

**STUDIE - Land muss mehr für Beamte zahlen – Finanzministerium bleibt gelassen**

Matthias Brunnert

**HANNOVER.** Niedersachsen muss nach einer Studie des Landesamts für Statistik mit deutlich steigenden Ausgaben für pensionierte Beamte rechnen. Die Zahlungen an sogenannte Versorgungsempfänger werden von derzeit rund 3,5 Milliarden Euro jährlich auf mehr als 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2048 steigen, haben Statistiker ausgerechnet.

Das Finanzministerium nannte als einen Grund für die Entwicklung die steigende Zahl der Versorgungsempfänger, die mit dem Personalzuwachs beim Land seit den 1970er Jahren zusammenhänge. Außerdem steige die Lebenserwartung, so dass die Pensionen länger bezogen würden. Beamte im Alter von 65 Jahren haben nach den Berechnungen der Statistiker derzeit eine weitere Lebenserwartung von rund 19,5 Jahren. In der Gesamtbevölkerung sind es rund zwei Jahre weniger.

Ein weiterer Faktor für die steigenden Pensionszahlungen ist nach Angaben des Finanzministeriums die im Durchschnitt steigende Qualifikation der Beamten, die mit höheren Gehältern und damit auch höheren Ruhestandszahlungen einhergeht. Schließlich sei in der Prognose eine jährliche Steigerung der Ruhestandsbezüge um zwei Prozent berücksichtigt.

Derzeit zahlt das Land Niedersachsen Pensionen an rund 99 000 Beamte und Richter im Ruhestand. Nach den Berechnungen wird diese Zahl bis auf 111 000 im Jahr 2028 steigen und danach leicht sinken. Das Land beschäftigte am 30. Juni 2018 knapp 132 000 aktive Beamte, darunter mehr als 60 000 Lehrer und gut 12 000 Polizisten.

Niedersachsen sei auf die prognostizierten Mehrausgaben vorbereitet, sagte Sprecher Kai Bernhardt. „Zur Abfederung der Versorgungsausgaben steht das Sondervermögen zur Verfügung.“